

Einleitung

IndustriALL ist der festen Überzeugung, dass alle erwerbstätigen Frauen und Männer das Recht auf eine gerechte Verteilung der Früchte ihrer Arbeit haben. Wir müssen danach streben, eine globale Gemeinschaft aufzubauen, in der Macht und Chancen geteilt werden. Wir fordern Menschenrechte für alle sowie das Recht auf ein Leben in Würde, Sicherheit, Frieden und Solidarität – frei von Vorurteilen und Ungerechtigkeit.

Angesichts anhaltender Angriffe auf die Koalitionsfreiheit durch Kapital und Regierungen bleibt die Erhöhung der Mitgliederzahlen und des tarifpolitischen Deckungsgrads eine große Herausforderung für die globale Gewerkschaftsbewegung.

Die globale Gewerkschaft IndustriALL als Vertretung von IndustriearbeitnehmerInnen ist eine wichtige Kraft der globalen Solidarität. Sie kämpft für bessere Arbeitsbedingungen und Gewerkschaftsrechte in der ganzen Welt. Wir verstehen uns als eine Kampagnen durchführende Organisation mit der Selbstverpflichtung, eine Führungsrolle an der Seite der ArbeitnehmerInnen im Kampf für Recht, Fairness, Würde und Gerechtigkeit wahrzunehmen.

Der zweite IndustriALL Global Union Kongress vom 5.-7. Oktober 2016 in Rio de Janeiro verabschiedet diese politische EntschlieÙung in Ergänzung zum Aktionsplan 2016-2020, der die fünf strategischen Hauptziele der IndustriALL festlegt.

Ungleichheit

Heutzutage verfügt das reichste 1 Prozent der Weltbevölkerung über mehr Reichtum als die restlichen 99 Prozent. Diese globale Ungleichheit ist eine soziale und wirtschaftliche Krise. Die Ungleichheit wächst innerhalb und zwischen den Ländern. ArbeitnehmerInnen büßen Löhne, Arbeitsbedingungen und sozialen Schutz ein. Zunehmende Ungleichheit trifft die ohnehin bereits benachteiligten Gruppen der Gesellschaft am härtesten.

Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrem Bericht „In It Together: Why Less Inequality Benefits All“ und die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) in ihrem „2015 World Employment Social Outlook“ rufen die Regierungen dazu auf, Maßnahmen gegen die zunehmende Ungleichheit zu ergreifen.

Seit 2000 hat die Einkommensungleichheit zugenommen, und dieser Trend wird durch die Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse verstärkt. Es wird allgemein anerkannt, dass die zunehmende Ungleichheit das

Wirtschaftswachstum hemmt. Unter befristet Beschäftigten und selbständig Erwerbstätigen sind die Armutsquoten höher.

IndustriALL beschließt, auch weiterhin für ein Wirtschaftsmodell zu kämpfen, das auf Recht, Gerechtigkeit und Würde beruht und von starken Gewerkschaften gestützt wird.

Straffreiheit in der Wertschöpfungskette

In den Industriebranchen herrscht ein nicht nachhaltiges und zutiefst ausbeuterisches Geschäftsmodell vor. Multinationale Konzerne gliedern ihre Produktion an Zulieferer aus, die existenzsichernde Löhne, Gewerkschaftsrechte oder sichere Arbeitsplätze oftmals nicht garantieren. Dieses Geschäftsmodell, das durch unfaire Handels- und Investitionsabkommen erleichtert wird, führt zu einem globalen Senkungswettbewerb bei den Arbeitsbedingungen, da die Regierungen auf Kosten der Erwerbstätigen und der Gesellschaft als solche um Investitionen konkurrieren, etwa durch Steuerbefreiungen oder die Ausbeutung von Rohstoffen, ohne Mehrwert im Land zu realisieren.

Das Prinzip der sozialen Verantwortung der Unternehmen (CSR) und dessen Hauptinstrument, die Überprüfung der Zuliefererkette, hat bei der Erkennung und Vermeidung von Verletzungen der Arbeitnehmerrechte versagt. Viele Beispiele zeigen, dass CSR und dessen Werkzeuge bei der Erkennung, Berichterstattung und Korrektur von Problemen in den Zuliefererketten unwirksam sind. CSR war weder in der Lage die Löhne und Arbeitsbedingungen signifikant zu erhöhen, noch konnte es sicherstellen, dass das Recht der ArbeitnehmerInnen auf Beitritt zu einer Gewerkschaft gewahrt wird.

Die Arbeitnehmerrechte werden in den Zuliefererketten immer weniger geachtet. In der Bekleidungsindustrie ging der Index der Arbeitnehmerrechte bei den 20 wichtigsten Unternehmen, die Bekleidung in die USA exportieren, zwischen 1989 und 2010 um 73 Prozent zurück. Gleichzeitig reduzierten sich die Preise für die von ihnen hergestellten Kleidungsstücke um 42 Prozent.

Der Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) von 2016 zeigt den Skandal in der globalen Wertschöpfungskette einer in nur 50 Konzernen verborgenen Arbeitnehmerschaft von 116 Millionen Menschen auf. Nach der Untersuchung des IGB könnte mit den Bargeldbeständen von 25 Konzernen in Höhe von 387 Milliarden US\$ der Lohn jedes einzelnen ihrer 71,3 Millionen Arbeitnehmer pro Jahr um über 5000 US\$ erhöht werden. Aber nur 6 Prozent von ihnen sind dort direkt beschäftigt.

Derzeit leidet die Weltwirtschaft unter einer Haftungslücke. Zwar behaupten viele Unternehmen, die Arbeitnehmerrechte in ihren Zuliefererketten zu wahren, aber sie ergreifen nicht die notwendigen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass dies auch tatsächlich geschieht. Die Regierungen wiederum übernehmen kaum Verantwortung für die Achtung der Arbeitnehmerrechte bei den Zulieferern der Unternehmen im Ausland. Die Länder, in denen diese Zulieferer

angesiedelt sind, haben zwar oft Gesetze zum Arbeitnehmerschutz, können oder wollen diese jedoch nicht durchsetzen.

Daher brauchen wir in den Zuliefererketten eine Rückverfolgbarkeit und mehr Verantwortung von Unternehmen und Regierungen. Verpflichtende und verbindliche Regelungen sind unabdingbar, um Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Zuliefererkette zu fördern. Gemeinsam mit verbündeten NGOs müssen die Gewerkschaften von den die globalen Zuliefererketten beherrschenden Konzernen verbindliche und durchsetzbare Abkommen fordern und dabei auf dem Modell des Bangladesch-Abkommens aufbauen, damit die Zulieferer die Kernarbeitsnormen einhalten und messbare Verbesserungen bei Löhnen und Arbeitsbedingungen erreicht werden.

IndustriALL beschließt, sich dafür einzusetzen, dass multinationale Konzerne für die Arbeitsbedingungen entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette zur Verantwortung gezogen werden.

Kampf für Demokratie und Frieden, Widerstand gegen den Terror

Komplexe politische Probleme können nur durch multilaterale politische Initiativen gelöst werden. Die einzige Alternative zu verantwortungslosen Kriegen ist eine gerechte und nachhaltige Diplomatie. Unsere tunesischen Schwestern und Brüder wurden im Jahr 2015 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. Sie haben gezeigt, dass Gewerkschaften beim Aufbau demokratischer und friedlicher Gesellschaften eine Schlüsselrolle spielen können.

Hierzu gehören die Forderung nach und die Umsetzung von Menschenrechten, Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie und wachsendem Wohlstand für alle, und zwar überall in der Welt. Nur wenn diese Standards überall auf gleiche Weise gelten und eine gerechte Weltordnung geschaffen wird, kann allen Arten von Terrorismus der Nährboden entzogen werden.

IndustriALL wendet sich energisch gegen den Terror. Wir lehnen es ab, uns auf den Weg von Radikalismus und Xenophobie umsteuern zu lassen. Wir lassen und nicht einschüchtern oder zum Hass treiben. Wir kämpfen mit den stärksten Waffen gegen den Terror: mit Menschenwürde, gegenseitigem Respekt und Toleranz.

Der „Krieg gegen den Terror“ tötet Tausende, aber der Krieg gegen Gewerkschaften zwingt Millionen in die Armut. Wir werden die andauernde Verletzung von Gewerkschaftsrechten nicht zulassen und halten Angriffen auf Gewerkschaftsmitglieder weltweit stand.

Solidarität mit Flüchtlingen

IndustriALL weist alle Versuche der Stigmatisierung von Flüchtlingen zurück. Sie sind Opfer der politischen und wirtschaftlichen Gewalt in ihren Herkunftsländern. Heutzutage fliehen weltweit mindestens 60 Millionen Menschen vor Armut, Hunger, Krieg und Verfolgung. Sie brauchen unsere Hilfe.

Asyl ist ein grundlegendes Menschenrecht und verlangt nach einer Antwort, die auf Menschlichkeit, Solidarität und Inklusion beruht. Die Gewerkschaftsbewegung muss zusammenarbeiten, um die emotionalen, kulturellen, gesetzlichen und institutionellen Bedingungen zu schaffen, damit Geflüchtete aufgenommen und so schnell und effektiv wie möglich integriert werden. Wir müssen unser Engagement fortsetzen, um Spaltungen und Nationalismen zu überwinden und eine gemeinsame Antwort auf diesen humanitären Notfall zu finden. Die Internationale Gemeinschaft muss auch die Entwicklungsländer bei der Lösung von Konflikten unterstützen, zu deren Entstehung sie beigetragen hat, und diese Länder bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung unterstützen, damit sie die Lebensqualität ihrer Bevölkerung und ihre Fähigkeit, sich selbst zu versorgen, verbessern. Das bedeutet, dass die internationalen Institutionen und die großen geopolitischen Mächte endlich die Ursachen für den Exodus der Flüchtlinge, einschließlich ungerechter Handelsabkommen, beseitigen müssen.

Die Gewerkschaften müssen bei der Integration von Geflüchteten in die Gesellschaft eine Rolle spielen und jegliche Gewaltakte gegen sie auf das Schärfste verurteilen. Rechtsradikale und rechtsgerichtete Populisten nutzen die katastrophale Lage der Flüchtlinge und die schwache Reaktion der Regierungen für ihre eigenen Zwecke aus. Die Gewerkschaften haben eine besondere Verantwortung, um dafür zu sorgen, dass Geflüchtete im Arbeitsmarkt fair behandelt werden. Zugang zu Sprachkursen, Bildung und Schulung, zu medizinischer Versorgung, Beschäftigung, angemessener Hilfe und Unterstützung ist für eine gerechte Integration in die sie aufnehmende Gesellschaft unabdingbar.

IndustriALL lehnt die Ausnützung von Geflüchteten und Migranten als billige Arbeitskräfte unter prekären Arbeitsbedingungen, einschließlich Schwarz-, Zwangs- und Kinderarbeit, ab. Genauso inakzeptabel ist die Verschlechterung oder Abschaffung existierender Standards.

IndustriALL beschließt, dass Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit Werte sind, die für alle gelten und in eine respektvolle, anerkennende und würdevolle Haltung gegenüber Fremden münden müssen. Wir werden uns weiterhin darum bemühen, die Ausbeutung von Geflüchteten und allen Arbeitsmigranten in den Zuliefererketten zu verhindern, indem wir unsere globale Hebelwirkung bei staatlichen, zwischenstaatlichen und von verschiedenen Interessengruppen geleiteten Initiativen nutzen.

Handel

Internationaler Handel kann den Erwerbstätigen auf der ganzen Welt Nutzen bringen, doch er muss öffentlich beaufsichtigt werden, damit die Arbeitnehmerrechte strikt eingehalten werden. Bislang hat es die WTO jedoch versäumt, einen globalen Handelsrahmen zu schaffen, der die Bedürfnisse der Menschen über die des globalen Kapitals stellt. Stattdessen erleben wir eine Reihe von bilateralen und regionalen Handelsabkommen, die nichts zur Unterstützung menschenwürdiger Arbeit und nachhaltiger Entwicklung beitragen.

Mit den Verhandlungen oder Unterzeichnungen einer neuen Generation von Handelsabkommen, die weit über das hinausgehen, was wir bislang zur Förderung von Konzerninteressen gesehen haben, hat eine neue Ära begonnen. In der Tat liegt der Fokus vieler dieser Abkommen weniger auf dem Handel, sondern vielmehr darauf, Bestimmungen umzuformulieren, die bislang die Kernpunkte der Weltwirtschaft geregelt haben, einschließlich der Finanzströme, des Zugangs zu Informationen, des geistigen Eigentums, des Gesundheits- und des Umweltschutzes. Die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), die Transpazifische Partnerschaft (TPP), das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen TISA, das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) und eine Reihe anderer Abkommen versuchen, die Regulierung der Weltwirtschaft in dramatischer Weise zu verändern und sind auf dem Weg, die Ergebnisse der gescheiterten Politik der Vergangenheit zu wiederholen.

Eines der Hauptprobleme dieser Abkommen ist das Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS), das multinationalen Konzernen das Recht einräumt, souveräne Staaten zu verklagen und sie vor ein intransparentes Schiedsgericht zu bringen. Das vorgeschlagene Investitionsgerichtssystem (ICS) behebt die grundlegenden Mängel des ISDS nicht.

IndustriALL fordert eine grundlegende Neubewertung der Art und Weise, wie Handel und Investitionsströme reguliert werden, damit diese den Erwerbstätigen und den Gesellschaften, in denen sie leben, zugute kommen. Handel und Investitionen müssen für eine gerechtere Umverteilung des Wohlstandes zwischen und innerhalb von Ländern sorgen und eine gescheiterte neo-liberale Wirtschaftsideologie ablehnen, die auf Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung beruht und von dieser neuen Generation von Handelsabkommen immer noch unterstützt wird. Wir fordern eine neue globale Debatte über einen gerechten Handelsrahmen, der demokratische Standards und das öffentliche Interesse wahrt und über den Spielraum verfügt, die Menschen an oberste Stelle zu setzen.

IndustriALL ruft alle Mitgliedsorganisationen, vor allem diejenigen in den TPP-Ländern, dazu auf, im Vorfeld dieser Abstimmung zu öffentlichen Protesten aufzurufen bzw. sich daran zu beteiligen. Das TPP darf nicht ratifiziert werden.

IndustriALL fordert, dass

- a. alle Handelsabkommen verbindliche und durchsetzbare Arbeitnehmer-, Gewerkschafts- und Sozialrechte einschließen. Verletzungen der Kernarbeitsnormen müssen den gleichen Streitbeilegungsmechanismen unterliegen wie Verletzungen der Handelsrechte. Die Vertragsparteien von Handelsabkommen müssen effektive inländische Verfahren einrichten und finanzieren, damit Beschwerden über die Verletzung von Arbeitnehmerrechten zügig untersucht und beigelegt werden können, und zwar unter voller Beteiligung der Zivilgesellschaft. Alle Unterzeichnerstaaten eines Handelsabkommens müssen die grundlegenden IAO-Übereinkommen und andere wesentlichen Normen und Standards ratifizieren und vollständig umsetzen.

- b. Handelsabkommen offen und transparent verhandelt werden müssen, um zu verhindern, dass Konzernlobbys ihre Agenda hinter verschlossenen Türen durchsetzen, ohne echten und konsequenten demokratischen Verfahren unterworfen zu sein.
- c. alle Formen von Investor-Staat-Schiedsverfahren abgelehnt werden, welche die nationale Souveränität untergraben, indem sie geheime juristische Gremien stärken und die sozialen und ökologischen Gesetze der Mitgliedsstaaten infrage stellen. In Abwesenheit eines fairen und effektiven multinationalen Systems, sollten die jeweiligen nationalen Gerichte diese Entscheidungen treffen.
- d. öffentliche Dienstleistungen, das staatliche Gesundheitswesen, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse oder Regelungen der öffentlichen Auftragsvergabe kein Bestandteil von Handelsabkommen sind.
- e. Handelsabkommen das Recht der Staaten voll anerkennen, auf ungerechte Handelspraktiken zu reagieren, u.a. Dumping und illegale Subventionen. Handelsabkommen müssen auch Anstrengungen unterstützen, die riesigen Überkapazitäten in der Stahl-, in der Aluminiumindustrie und anderen Branchen zu bewältigen.
- f. keine Schritte unternommen werden, um China den Status als Marktwirtschaft zu gewähren, ohne eine öffentliche Debatte über alle sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Folgen, ohne die Stärkung bestehender Handelsschutzinstrumente und ohne die Verbesserung der Sozial-, Arbeits- oder Umweltbedingungen in China.

Als Stimme der IndustriearbeitnehmerInnen, die von Handelsabkommen erheblich betroffen sind, muss IndustriALL in der globalen Gewerkschaftsbewegung und der Gesellschaft eine führende Rolle spielen und sich für unsere Vision eines gerechten Welthandels einsetzen, der für alle geeignet ist und nicht nur für das obere 1 Prozent.

IndustriALL beschließt, Handels- und Investitionsabkommen auch weiterhin abzulehnen und dagegen vorzugehen, wenn sie unsere Mindeststandards nicht erfüllen. Wir sind aber gewillt und bereit, unsere Rolle in einer offenen und demokratischen Debatte einzunehmen, um eine alternative, transparente globale Handelspolitik zu entwickeln, in deren Zentrum die Interessen unserer Mitglieder stehen.

Steuergerechtigkeit und hochwertige öffentliche Dienstleistungen

Steuern sind keine Last. Sie sind die Voraussetzung für das Leben in einer zivilisierten Gesellschaft. IndustriALL ist aktives Mitglied der Kampagne zur Schließung von Steuerschlupflöchern und Steueroasen, durch die reiche Konzerne und Einzelpersonen die Zahlung ihres gerechten Anteils vermeiden können.

Ein Ende der Steuervermeidung und die Einführung von Initiativen wie die Finanztransaktionssteuer würden auf nationaler Ebene die notwendigen Finanzmittel liefern, um alle Menschen mit der Bildung, der Gesundheitsvorsorge, den Sanitäreinrichtungen, der Unterbringung und der Nahrung zu versorgen, auf die sie ein Recht haben.

Die gewerkschaftliche Antikorruptionskampagne beruht auf der Annahme, dass eine Fokussierung auf die Beendigung der Wirtschafts- und staatlichen Korruption zu Milliarden Dollar Steuereinnahmen führen würde.

Gesellschaften sollten daran gemessen werden, wie sie mit den Verwundbaren und Benachteiligten umgehen. Hierfür sind hochwertige öffentliche Dienstleistungen unerlässlich.

IndustriALL beschließt, sich für Steuergerechtigkeit und gegen Sparpolitik einzusetzen und unterstützt wirtschaftliche Strategien, die auf Fertigung und Investitionen beruhen.

Energiepolitik

IndustriALL erkennt an, dass die Staaten im Bezug auf ihren generellen Energiemix unterschiedliche Entscheidungen treffen werden. Dieser beruht vor allem auf einheimischen nationalen Ressourcen, verfügbaren Technologien, der Versorgungssicherheit und den nationalen Umständen.

Kernprinzip der IndustriALL in dieser Debatte ist, dass der Strukturwandel zu einer sauberen und nachhaltigen Wirtschaft ökonomisch und sozial gerecht und fair für die Arbeitnehmerschaft und ihre Gemeinschaften sein muss.

IndustriALL beschließt, die Entwicklung eines ausgeglichenen Energiemixes in den betroffenen Ländern durch demokratische Diskussionen zu unterstützen und zu akzeptieren, dass der Energiemix von Land zu Land stark variieren wird.

Digitalisierung und Industrie 4.0

Die industrielle Fertigung durchläuft jetzt und in Zukunft eine technologische Revolution und die weitere Digitalisierung der Produktion. Die Risiken eines Arbeitsplatzabbaus durch fortgeschrittene Robotik und den Ersatz von Arbeitsplätzen sind offensichtlich, umso mehr in armen Ländern, die bislang noch nicht einmal von der Entstehung industrieller Arbeitsplätze profitiert haben. Auch wenn dieser grundlegende Wandel große Vorteile für Arbeitnehmerschaft, Gemeinschaften und Gesellschaften haben und für einen besseren Lebensstandard sorgen kann, wird IndustriALL keinen Strukturwandel ohne die notwendigen gerechten Übergangsprogramme für die betroffenen ArbeitnehmerInnen akzeptieren.

Industrie 4.0 hat das Potenzial, die Welt, wie wir sie kennen, zu verändern, und wir brauchen eine faktenbasierte Diskussion darüber, wie wir diese Chance nutzen können, um sie zum besseren zu wandeln, ohne die systematischen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zu verschärfen.

IndustriALL beschließt, eine nachhaltige industriepolitische Strategie über Digitalisierung und Industrie 4.0 zu entwickeln, sich gegen einen Strukturwandel ohne die absolut notwendige soziale Gerechtigkeit

einzusetzen und für einen gerechten Strukturwandel für die betroffenen ArbeitnehmerInnen zu kämpfen.

Schon immer standen die Gewerkschaften an der Spitze des sozialen Fortschritts. IndustriALL Global Union ist stolzer Teil unserer globalen Bewegung der Arbeitnehmermacht. Gemeinsam stellen wir uns Kräften des Kapitals entgegen, die versuchen, die Rechte und das Wohlergehen der ArbeitnehmerInnen zu untergraben.